

# „Der Staat beschenkt die Reichen“

Der Schulz-Hype ist vorbei, der Kandidat kämpft weiter: „Am 24. September werde ich Kanzler“, sagt SPD-Chef Martin Schulz. Ein Gespräch über gerechte Steuern, drückende Schulden und die Liebe in Zeiten persönlicher Krisen.

Herr Schulz, wo ist der Schulz-Hype hin? Können Sie erklären, warum es erst so schlagartig hochging und jetzt wieder so schnell runter?

Der raketenhafte Aufstieg war nicht normal. Das wusste ich und habe es immer wieder gesagt. In jeder Gremiensitzung habe ich versucht, die Euphorie herunterzumimmen. Sie dürfen nicht vergessen: Als ich am 29. Januar nominiert wurde, lag die SPD bei 20 Prozent, heute sind wir fünf Prozentpunkte darüber...

... aber Welten entfernt von den Höchstwerten im Frühjahr, als die Kanzlerin in den Umfragen schon geschlagen schien.

Das ist eine Delle, die wir wieder ausbügeln. Wir haben 17 000 neue Mitglieder, 40 Prozent davon jünger als 35 Jahre. Die Aufbruchstimmung trägt uns weiter. Das Rennen ist nach wie vor offen.

Glauben Sie das wirklich? Die Zustimmung zu Angela Merkel ist wieder so hoch wie vor der Flüchtlingskrise.

Trotzdem. Wahlen entscheiden sich auf einer langen Strecke. Amtsinhaber haben große Vorteile, aber keine Garantie für den Sieg, wie wir bei den Landtagswahlen gesehen haben. Der Amtsinhaber ist nicht immer.

Im Saarland, mit der CDU-Amtsinhaberin, war das so.



Ja, da hatten wir keine Chance gegen den Amtsinhaber von Annegret Kramp-Karrenbauer, das haben wir Tage vor der Wahl schon gespürt.

War es nicht Ihr Fehler, die Leute mit rot-rot-grünen Visionen zu verschrecken?

An der Saar hat das Thema Linkspartei für die Mobilisierung der Union sicher eine große Rolle gespielt. Sie dürfen aber nicht überschätzen: Ich selbst stand in keinem der drei Bundesländer zur Wahl. Wahlen entscheiden sich auf den letzten Metern. Dieses Auf und Ab sehen Sie in allen Ländern.

Emmanuel Macron, Frankreichs neuer linker Superstar, hat durchgehalten. Der war zwischendurch auch ganz unten gegen Fillon.

Auf solch selbstzerstörerische Affären wie bei den französischen Konservativen werden Sie bei Frau Merkel nicht hoffen können.

Das ist zum Glück eher unwahrscheinlich. Ich setze aber auch nicht auf Affären bei den Mitbewerbern, sondern auf die eigene Stärke.

In Ihrem neuen, biographisch gefährten Buch rücken Sie in Richtung Mitte. Oder trägt der Eindruck? Die SPD muss unterschiedliche Milieus bedienen, um die Wählerschaft der linken Mitte zu gewinnen. Die SPD war immer dann erfolgreich, wenn sie Arbeitnehmer, aufgeklärtes Bürgertum und linke Intellektuelle gleichermaßen ansprach.

Sind Sie näher am Linkssozialisten Jeremy Corbyn oder am Sozialliberalen Macron? Was ist wichtiger: Verteilungsgerechtigkeit oder Chancengleichheit?

Ich bin weder Macron noch Corbyn. Ich bin Martin Schulz. Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit kann man nicht gegeneinander ausspielen. Wir brauchen beides. Der Ertrag, den eine Volkswirtschaft erarbeitet, muss an-

gemessen verteilt sein, und die Bildungschancen müssen überall gleich sein, unabhängig vom Elternhaus. Da hängt Deutschland zurück, die Adresse der Eltern entscheidet zu oft über den Bildungserfolg.

Zur Vita von SPD-Politikern gehört der Aufsteiger-Mythos. In Ihrem Buch schreiben Sie, dass Ihre Mutter die örtliche CDU mitbegründete, Ihr Vater als Polizeibeamter arbeitete und Sie ein privates, katholisches Gymnasium besuchten: So ärmlich waren die Verhältnisse nicht.

Stimmt. Habe ich aber auch nie behauptet. Ich bin nicht das Kind verarmter, entrechteter Proletarier. Mein Elternhaus war sehr bildungsbewusst, ich hatte eine wundervolle Kindheit und Jugend, bin meinen Eltern und den vier älteren Geschwistern zu großem Dank verpflichtet. Die haben viel für mich getan.

Kein Vergleich zum Aufsteiger Gerhard Schröder, der wirklich von ganz unten kam: Die Mutter putzte, und der Vater war Gelegenheitsarbeiter auf dem Rummelplatz.

Vergleichen damit waren wir Mittelstand, richtig, eine Familie, in der auf Schule, auf Bildung Wert gelegt wurde. Ganz unten war ich später, mit 24. Ich hatte eine Räumungsklage am Hals, hatte keine Arbeit, fiel aus der damaligen Arbeitslosenhilfe raus. Meine Freunde redeten nicht mehr mit mir, ich hatte Schulden, ich war alkoholabhängig. Über kurz oder lang wäre ich obdachlos geworden. Da habe ich die Welt von unten kennengelernt, nicht in der Kindheit.

Was waren Ihre Eltern für Leute? Meine Mutter kam aus einem Handwerkerhaushalt, mein Großvater hatte einen Dachdeckerbetrieb, spezialisiert auf Kirchendächer. Meine Mutter, 1920 geboren, konnte schon auf das Gymnasium, was zu der Zeit sehr selten war. Ein Vorfall aus ihrer Familie war Bürgermeister von Aachen, sehr katholisch waren sie alle, sehr gläubig – und Antinazis. Für meine Mutter waren die Nazis eine Bande von Atheisten. Der Widerspruch gegen die Nazis war weniger ideologischer Natur als christlich motiviert. Ihre Religiosität hat sich bis in ihr Alter gehalten.

Wie äußerte sich das? Ich vergesse nie, wie sie sich aufgeregt hat, als ein SPD-Politiker die Kreuze in Schulen abhängen wollte. „Eine Partei, die das wollte, das hatten wir schon mal“, hat sie gezischt. Da war was los bei uns zu Hause. „Die Mutter vergleicht uns mit den Nazis“, empörte sich der sozialdemokratische Teil. Meine Mutter war eine sehr besessene Frau, aber ein unerbittlicher Adenauer-Fan, grausam. Wer bei uns am Tisch „Willy Brandt“ sagen wollte, der hätte allenfalls noch den „Willy“ rausgebracht, das hätte auch der Milowitsch sein können. Der Name Brandt aber durfte nicht ausgesprochen werden, da ist meine Mutter eingeschritten. Allen schon wegen seiner drei Ehen. Ein Skandal aus ihrer Sicht.

Was Ihr Vater auch katholisch-konservativ? Nein, der war ein Proletarierkind. Der elfte Sohn eines Bergmanns, aus einer Familie, arm wie Kirchenmause. Als Soldat wurde er im Haus meines Großvaters einquartiert, so hat er meine Mutter kennengelernt, nach dem Krieg wurde er Polizeiobermeister, mittlerer Dienst. Meine Eltern waren 64 Jahre verheiratet, die liebten sich wirklich.

Was verband sie? Ich glaube, ein gemeinsames Band war der Hass auf die Nazis. Für meinen Vater, den Bergmannssohn aus dem Saarland, waren die der Klassenfeind. Der Soziologe Helmut Schelsky hat die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft eine nivellierte Mittelschichtsgesellschaft genannt. So haben sich meine Eltern gefühlt: Wir sind Mittelstand. Unsere Kinder gehen auf Gymnasium.

Spricht aus Ihren Worten Nostalgie, Sehnsucht nach der vermeintlich guten alten Zeit? Das hat mit Nostalgie nichts zu tun. Der große Erfolg der Bundesrepublik

gemessen verteilt sein, und die Bildungschancen müssen überall gleich sein, unabhängig vom Elternhaus. Da hängt Deutschland zurück, die Adresse der Eltern entscheidet zu oft über den Bildungserfolg.

Zur Vita von SPD-Politikern gehört der Aufsteiger-Mythos. In Ihrem Buch schreiben Sie, dass Ihre Mutter die örtliche CDU mitbegründete, Ihr Vater als Polizeibeamter arbeitete und Sie ein privates, katholisches Gymnasium besuchten: So ärmlich waren die Verhältnisse nicht.

Stimmt. Habe ich aber auch nie behauptet. Ich bin nicht das Kind verarmter, entrechteter Proletarier. Mein Elternhaus war sehr bildungsbewusst, ich hatte eine wundervolle Kindheit und Jugend, bin meinen Eltern und den vier älteren Geschwistern zu großem Dank verpflichtet. Die haben viel für mich getan.

Kein Vergleich zum Aufsteiger Gerhard Schröder, der wirklich von ganz unten kam: Die Mutter putzte, und der Vater war Gelegenheitsarbeiter auf dem Rummelplatz.

Vergleichen damit waren wir Mittelstand, richtig, eine Familie, in der auf Schule, auf Bildung Wert gelegt wurde. Ganz unten war ich später, mit 24. Ich hatte eine Räumungsklage am Hals, hatte keine Arbeit, fiel aus der damaligen Arbeitslosenhilfe raus. Meine Freunde redeten nicht mehr mit mir, ich hatte Schulden, ich war alkoholabhängig. Über kurz oder lang wäre ich obdachlos geworden. Da habe ich die Welt von unten kennengelernt, nicht in der Kindheit.

Was waren Ihre Eltern für Leute? Meine Mutter kam aus einem Handwerkerhaushalt, mein Großvater hatte einen Dachdeckerbetrieb, spezialisiert auf Kirchendächer. Meine Mutter, 1920 geboren, konnte schon auf das Gymnasium, was zu der Zeit sehr selten war. Ein Vorfall aus ihrer Familie war Bürgermeister von Aachen, sehr katholisch waren sie alle, sehr gläubig – und Antinazis. Für meine Mutter waren die Nazis eine Bande von Atheisten. Der Widerspruch gegen die Nazis war weniger ideologischer Natur als christlich motiviert. Ihre Religiosität hat sich bis in ihr Alter gehalten.

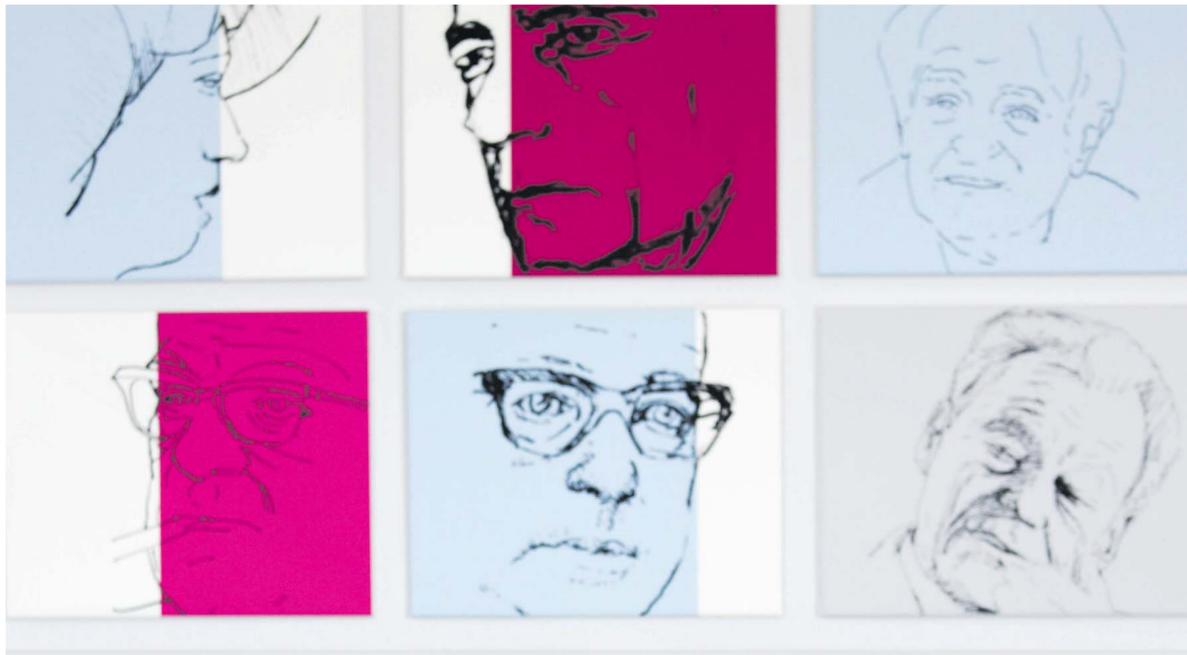
Wie äußerte sich das? Ich vergesse nie, wie sie sich aufgeregt hat, als ein SPD-Politiker die Kreuze in Schulen abhängen wollte. „Eine Partei, die das wollte, das hatten wir schon mal“, hat sie gezischt. Da war was los bei uns zu Hause. „Die Mutter vergleicht uns mit den Nazis“, empörte sich der sozialdemokratische Teil. Meine Mutter war eine sehr besessene Frau, aber ein unerbittlicher Adenauer-Fan, grausam. Wer bei uns am Tisch „Willy Brandt“ sagen wollte, der hätte allenfalls noch den „Willy“ rausgebracht, das hätte auch der Milowitsch sein können. Der Name Brandt aber durfte nicht ausgesprochen werden, da ist meine Mutter eingeschritten. Allen schon wegen seiner drei Ehen. Ein Skandal aus ihrer Sicht.

Was Ihr Vater auch katholisch-konservativ? Nein, der war ein Proletarierkind. Der elfte Sohn eines Bergmanns, aus einer Familie, arm wie Kirchenmause. Als Soldat wurde er im Haus meines Großvaters einquartiert, so hat er meine Mutter kennengelernt, nach dem Krieg wurde er Polizeiobermeister, mittlerer Dienst. Meine Eltern waren 64 Jahre verheiratet, die liebten sich wirklich.

Was verband sie? Ich glaube, ein gemeinsames Band war der Hass auf die Nazis. Für meinen Vater, den Bergmannssohn aus dem Saarland, waren die der Klassenfeind. Der Soziologe Helmut Schelsky hat die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft eine nivellierte Mittelschichtsgesellschaft genannt. So haben sich meine Eltern gefühlt: Wir sind Mittelstand. Unsere Kinder gehen auf Gymnasium.

Spricht aus Ihren Worten Nostalgie, Sehnsucht nach der vermeintlich guten alten Zeit? Das hat mit Nostalgie nichts zu tun. Der große Erfolg der Bundesrepublik

gemessen verteilt sein, und die Bildungschancen müssen überall gleich sein, unabhängig vom Elternhaus. Da hängt Deutschland zurück, die Adresse der Eltern entscheidet zu oft über den Bildungserfolg.



So definiert Schulz (6) Gerechtigkeit: „Diejenigen, die für ihr Geld arbeiten, dürfen nicht schlechter gestellt werden als diejenigen, die ihr Geld für sich arbeiten lassen.“

Foto Daniel Pilz

Angelegenheit.“ Das war immer auch die Haltung von Frau Merkel und Herrn Schäuble. Diese Position war Grundlage für die Steuerdeals zugunsten der Großkonzerne. Dagegen habe ich gekämpft, und ich werde damit weiter von Dorfplatz zu Dorfplatz ziehen. Nur fürchte ich, dass ich von der F.A.Z. in der Frage wenig Unterstützung bekomme.

Wenn Sie den Steuerwettbewerb zwischen souveränen Staaten abschaffen wollen, sind wir dagegen, richtig. Plädieren Sie ernsthaft für einen europäischen Einheitssteuersatz?

Nein, der ist in einem Staatenbund nicht durchzusetzen. Aber gemeinschaftlich festgelegte Mindestsätze für die Körperschaftsteuer sind angebracht und sinnvoll. Sonst betreiben die EU-Staaten gegeneinander Steuerdumping, sonst finanzieren wir als Deutsche über Brüssel Gewerbegebiete unserer EU-Nachbarn mit unserem Anteil von 27 Prozent an den EU-Beträgen mit – und die senken dann die Körperschaftsteuer so weit, dass die deutschen Firmen dorthin ziehen.

Bislang ist das bei uns kein großer Aufreger.

Das sehe ich das anders. In Frankreich war die „délocalisation“, der Wegzug von Firmen, ein großer Treiber für den Front National. Oder nehmen Sie den Fall Irland: Die Iren haben mit null Prozent Steuern die Firmen gelockt. Das brachte dem Land Wirtschaftswachstum, Kaufkraft, höhere Immobilienpreise. Als die Blase am Ende platzte, stand das Land kurz vor dem Kollaps. Die Iren haben viele Lasten selbst getragen, das sei zu ihrer Ehre gesagt, aber sie haben auch viele Milliarden aus dem EU-Rettungsfonds bekommen. Für mich ist es ein Gebot der Vernunft, europäische Mindeststeuersätze und eine gemeinsame Bemessungsgrundlage einzuführen. So sichern wir fairen Wettbewerb.

Was sagt Ihr Freund Jean-Claude Juncker dazu?

Juncker ist tatsächlich ein feiner Kerl – mit Ausnahme dessen, dass er 19 Jahre Ministerpräsident eines Steuerparadieses war. Das habe ich ihm mehr als einmal um die Ohren gehauen. Es ist eine böswillige Mär, zu behaupten, ich hätte ihn in der Frage geschützt – und angeblich einen Untersuchungsausschuss zu dem Thema im Europaparlament verhindert. Das stimmt nicht.

Was haben Sozialdemokraten eigentlich gegen Leute, die gut verdienen?

Gar nichts. Wir sagen nur: Es muss gerecht zugehen, und die Einkommen und Vermögen haben sich nun mal massiv auseinanderentwickelt: Beim Arbeitslohn hatten wir in Deutschland nur die letzten paar Jahre reale Zuwächse und davor Verluste. Gewinne von Unternehmen und Kapitalerträge haben aber massiv zugenommen. In keinem Bereich gibt es ein größeres Ungerechtigkeitsempfinden als bei den Einkommen, den Löhnen. Selbst gutsituierte Menschen haben den Eindruck, dass sie nicht angemessen entlohnt werden im Vergleich zu den Managern ihrer Unternehmen, deren Gehälter exorbitant gestiegen sind.

Alle Forscher sind sich einig: Das Auseinanderdriften der Einkommen ist seit Jahren gestoppt. Ihre Ungleichheitsdebatte kommt zum falschen Zeitpunkt.

Nein. Zum einen haben wir in Deutschland eine sehr ungleiche Vermögensverteilung. Zum anderen sagen alle Umfragen: Niemand empfindet die Menschen die Ungerechtigkeit größer als in Bezug auf das Einkommen.

Mit Verlaug, genau so funktioniert Populismus: Gefühle statt Zahlen und Fakten.

Ihr Vorwurf empört mich, mit Populismus hat das nichts zu tun. Der Aufschwung kommt eben nicht bei allen an. Die unteren 40 Prozent der Beschäftigten haben 2015 real weniger verdient als Mitte der neunziger Jahre. Natürlich hatten wir in jüngster Zeit im Durchschnitt Reallohnzuwächse – übrigens auch ein Erfolg sozialdemokratischer Politik. Aber mit den Durchschnittswerten ist das immer so eine Sache: Wenn Sie mit dem linken Fuß im Backofen liegen und mit dem rechten im Gefrierfach, ist Ihre Durchschnittstemperatur normal. Sie können nur hinterher nicht mehr laufen. In ganz vielen Bereichen gibt es bis heute keine realen Lohnzuwächse

Zum Beispiel? Am schnellsten steigen die Gehälter in den großen Ballungsräumen. Dort steigen aber auch die Lebenshaltungskosten am schnellsten – vor allem die Mieten. „Wir schaffen das alles nicht mehr“ – das ist oft das Gefühl im Land, selbst von gutsituierten Leuten.

Darum machen Sie Wahlkampf gegen Manager und für Boni-Obergrenzen? Ich mache keinen Wahlkampf gegen Manager. Und ich will auch keine Obergrenzen für Boni. Das könnte die Politik auch gar nicht beschließen. Ich will

die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500 000 Euro begrenzen, damit der Steuerzahler das nicht noch indirekt mitfinanziert.

Der Konzern, der die Gehälter am augenfälligsten aus dem Rudel gelaufen sind, heißt Volkswagen – und dort führen SPD-Politiker und Gewerkschafter im Aufsichtsrat das Wort. Warum schweigen Sie zu den VW-Exzessen? Zu 300 Euro Pension am Tag für Ex-Chef Martin Winterkorn oder zwölf Millionen Abfindung für eine Kurzzeit-Vorstandin?

Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, ich hätte dazu geschwiegen. Ich bin da sehr klar: Wenn ein Vorstandsmitglied wie Christine Hohmann-Dennhardt nach nicht mal einem Jahr Arbeit zwölf Millionen Euro Abfindung kassiert, dann ist das völlig inakzeptabel.

Und wie steht es mit den 750 000 Euro Gehalt für VW-Betriebsratschef Osterloh? Ist das etwa angemessen?

Bernd Osterloh hat gesagt, dass sein Gehalt aktuell wesentlich niedriger liegt. Klar ist aber auch: Wenn wir über Verhältnismäßigkeit reden, dann muss das für alle gelten: für Vorstände wie für Betriebsräte.

Ist Osterlohs Gehalt noch verhältnismäßig, wenn er dreimal so viel verdient wie die Kanzlerin oder jeder andere Betriebsrat in Deutschland?

Wie Betriebsräte bezahlt werden, ist im Betriebsverfassungsgesetz geregelt. Und ich habe keinen Zweifel, dass sich das Unternehmen an die Vorschriften hält.



Herr Schulz, Sie stehen für Würde, in Ihrem Buch singen Sie gar ein Lob auf die Provinz – nur ziehen die Leute alle weg.

Deswegen müssen wir die Kleinstädte wieder attraktiver machen. Auch um die Großstädte zu entlasten, brauchen wir einen massiven Ausbau von Infrastruktur im ländlichen Raum – Bahnstrecken, Straßen, Schulen. Die Hegemonie der Metropolen ist auch eine kulturelle Gefahr. Wenn sich die Leute auf dem Land wie Bürger zweiter Klasse fühlen, wählen sie irgendwann die Rechtspopulisten. Das haben wir in Frankreich gesehen: In den Orten, wo die französische Post ihre Filialen geschlossen hat, ist der Stimmenanteil des Front National explodiert. Der Eindruck war: Jetzt knippen sie uns endgültig aus. Viele Politiker und Journalisten in Frankreich glauben, das ganze Land sei wie Paris. Das ist ein gefährlicher Irrtum.

In der Bildung votieren Sie selbst für mehr Zentralismus.

Ich will nicht zentralisieren. Aber man darf den Bildungsföderalismus nicht sich selbst überlassen. Egal, ob die CDU oder die SPD in einem Land regiert. Wir brauchen einheitliche Zielvorgaben. Die Länder müssen sich auf Prioritäten verständigen, und der Bund muss im Gegenzug sagen: Wir helfen euch finanziell. Wenn der Umzug von einem Bundesland ins andere für die Eltern zu einem massiven Problem wird, ist das auch schlecht für den Wirtschaftsstandort.

Selbst innerhalb der Länder gibt es unglaubliche Unterschiede. Auch mit der Integration von Behinderten oder Flüchtlingen werden die Lehrer allein gelassen.

Der gemeinsame Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder ist zum Beispiel eine großartige Idee. Aber dafür brauche ich genug Personal. Sonst helfe ich keiner der beiden Seiten und mobilisiere die einen gegen die anderen. Auch darüber hat Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen die Wahl verloren. Und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss besser werden. Wir haben eine Million Plätze in Ganztagschulen versprochen, das werde ich durchsetzen. Am Geld darf es nicht scheitern. In Frankreich gibt es den Nachmittagsunterricht schon seit 1881. Bei uns stehen die Kinder mittags vor der Haustür.

Das hat in Frankreich die Integrationsprobleme nicht gelöst. Nein, aber Beruf und Familie lassen sich dort besser vereinbaren. Die Qualität des Unterrichts ist ein anderes Thema. Europa neu gründen, fördern Sie in Ihrem Buch. Wie wollen wir ohne

Britten und Amerikaner für unsere Sicherheit sorgen?

Den Bierzelt-Satz von Frau Merkel finde ich bemerkenswert. „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei“, hat sie gesagt. Aber wie groß ist das Stück? Und wer sind die anderen? Die Übersetzung ist: Die Amerikaner lassen uns im Stich, deshalb müssen wir aufrüsten. Da bin ich anderer Meinung.

Und zwar? Die Debatte wird geführt, als gäbe es die Nato gar nicht mehr. Es gibt sie aber noch. Die Vereinigten Staaten sind nicht ausgetreten. Es gibt dort genügend Menschen, die das nicht wollen, und Donald Trump ist nur für eine begrenzte Zeit Präsident.

Das Ziel, zwei Prozent des Sozialprodukts fürs Militär auszugeben, ist älter als Trump.

Trotzdem ist es Unsinn. Natürlich müssen wir die Bundeswehr so ausrüsten, dass sie ihre Aufgaben erledigen kann. Aber die Kopplung ans Wirtschaftswachstum finde ich falsch. Das Zweiprozentziel bedeutet für Deutschland zusätzliche Rüstungsausgaben von 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr. Dann wäre die Bundeswehr die größte Armee in der EU – größer als die der Atommacht Frankreich.

Frankreich hat davor keine Angst, im Gegenteil: Dort wünscht man mehr deutsches Engagement.

Muss ich das deshalb richtig finden? Auch in Frankreich gibt es wichtigere Aufgaben als die Aufrüstung. Das wird Macron nicht anders sehen, wenn er sein Reformprogramm wirklich umsetzt und die Gewerkschaften zum Massenprotest aufrufen.

Sie wünschen sich die Gerechtigkeit als eine neue Erzählung für Europa. Was meinen Sie damit? Eine europäische Arbeitslosenversicherung zum Beispiel, in der ein Siemens-Arbeiter für mangelnde Arbeitsmarktreflexionen in Italien zahlt?

Solange wir in der Eurozone 19 verschiedene Arten von Arbeitsmarktpolitik haben, brauchen wir über eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung gar nicht zu reden. Dann geht das nicht. Dafür brauchen wir gemeinsame Mindeststandards und vermutlich eine Reform der europäischen Verträge.

Genügt es, 70 Jahre nach Kriegsende noch mit dem Friedensprojekt Europa zu argumentieren, um die EU immer weiter zu vertiefen?

Die Schlachtfelder von Verdun sind und bleiben eine gute Begründung für das Miteinander in der EU. Das Bewusstsein für die Gefahren des Nationalismus aber verblasst. Für unsere Kinder wird der Zweite Weltkrieg fast so weit weg sein wie die napoleonischen Feldzüge für uns. Für die müssen wir Europa neu erzählen.

Nur wie?

Wir können unsere wertebasierte Demokratie nur gemeinsam verteidigen. Das spüren die jungen Leute ganz genau, die bei Pulse of Europe auf die Straße gehen. Und das hat natürlich auch viel mit dem wirtschaftspolitischen Umfeld zu tun. Wir stehen unter dem doppelten Druck von amerikanischem Protektionismus und chinesischem Staatskapitalismus. Wir sind der reichste und am meisten unworbene Markt der Welt.

Den Zugang zu diesem Markt zu koppeln mit der Erfüllung von Mindeststandards, das würde unseren Markt schützen und die Lebensbedingungen anderswo verbessern. Darin liegt übrigens auch die Chance von Handelsverträgen.

Zum Schluss noch mal eine Frage an den Unternehmer Schulz: Wenn Sie heute als junger Mann eine Firma gründen wollten, was wäre das? Kaum noch mal eine Buchhandlung, oder?

Doch, warum nicht? Der Buchhandel ist nicht von gestern. Meinen Laden habe ich 1994 verkauft, als ich ins Europaparlament ging, er lebt bis heute. Meine frühere Auszubildende führt das Geschäft, der Name über der Tür ist geblieben. MS. Früher standen die Buchstaben für Martin Schulz, jetzt für Martina Schilling. Bei ihrem Stamm von 250 bis 300 treuen Kunden weiß sie ganz genau, was die wollen. Wenn ich anrufe, um ein Buch zu bestellen, sagt sie: Das habe ich längst zurückgelegt. Ich weiß doch, was du liest. Damit überlebe ich.

Sie würden alles wieder genauso machen? Als 61-Jähriger würde ich dieses unternehmerische Risiko vermutlich nicht noch einmal eingehen. Wenn alles schiefgegangen wäre, hätte ich einen Sack voll Schulden am Hals gehabt.

Trotzdem: Es war eine großartige Zeit. Wir haben hinter der Buchhandlung gewohnt, mein Sohn hat dort jeden Tag gespielt. Es waren einfach wunderbare Jahre.

Das Gespräch führten Ralph Bollmann, Georg Meck und Holger Steltzner.

Jetzt buchen und bis zu 150 € Rabatt sichern!

**BRIGITTE**  
JOB-SYMPOSIUM

Das große Job-Symposium am 28.9.2017 in Berlin

» Einstiegen, Aufsteigen, Umsteigen »

Neue Job-Impulse durch Workshops und Diskussionen zu den Themen „Karriere und Führung“, „Digitalisierung und Gründung“, u. a. mit Siemens-Vorstandsmitglied Janina Kugel. Netzwerken Sie mit uns und erhalten Sie spannende Anregungen von erfahrenen Coaches.

Jetzt Tickets mit Rabatt sichern unter: [brigitte.de/academy](http://brigitte.de/academy) (Teilnehmerzahl ist begrenzt)

BRIGITTE ACADEMY: FRAUEN WISSEN WEITER.